



METHODENSAMMLUNG

1. Grundsätzliches zu politischer Bildung und U18 3
2. Aktivitäten mit jüngeren U18-Einsteiger_innen 5
 - 2.1 Sehr kurze didaktische Einheiten 5
 - Grundlagen zur Meinungsbildung 5
 - Was ist Demokratie? Warum stimmen wir ab? 6
 - 2.2 Etwas weniger kurze Einheiten 6
 - Meine Traumstadt 6
 - Parteien 7
 - Politiker_innen Memory 8
 - Kinderstammtisch: Einmal Meckern! 8
 - U18-Wahlurne basteln 9
3. Aktivitäten mit jugendlichen U18-Teilnehmer_innen 10
 - 3.1 Sehr kurze didaktische Einheiten 10
 - Grundlagen zur Meinungsbildung 10
 - Argumentationsübung 11
 - 3.2 Etwas weniger kurze Einheiten 12
 - Das eigene Parteiprogramm 12
 - Der eigene Wahlkampf 13
 - Die Wahlkampf-Mappe in der Klasse/Gruppe¹⁴
 - Wahlkampf analysieren 14
 - Umgang mit Printmedien 15
 - Der Wahl-O-Mat 15
 - Das Politik-Quiz 16
4. Aktivitäten mit politischen Gästen 17
 - WahlZirkus 17
 - Politiker_innen im Interview (klassisch) 18
 - Senf dazu? Politiker grillen 18
 - Polit-Tour 19
 - Speed-Dating 20
5. Die eigene U18-Wahl 21
6. Weiterführende Informationen, Stellen und Links 24
7. Glossar 25

1. Grundsätzliches zu politischer Bildung und U18

Politikverdrossenheit steht als immerwährender Vorwurf wie ein Schimpfwort im Raum, während Jugend in den politisch relevanten Diskussionen systematisch außen vor gelassen wird. Ob die Verdrossenheit vom Ausschluss kommt oder der Ausschluss durch die Verdrossenheit entstand ist eine Frage der Perspektive. Im Resultat debattieren Erwachsene Macht und Ohnmacht, Langeweile und Reizüberflutung, Geschichte und Zukunft, Globalisierung und Veränderung des ländlichen Raums, Wirtschaft und Umwelt, Basiswerte und kulturelle Bezügen und sogar das zahlenmäßige Ungleichgewicht der Generationen meist unter sich. Junge Menschen ernsthaft in politische Diskussionen einzubinden erfordert einen Perspektivwechsel, nach dem die Gesellschaft sich auch Kritik von Kindern und Jugendlichen gefallen lassen muss; Meinungen nicht aufgrund des Alters direkt als minderwertige Beiträge diskreditiert.

Realistische politische Bildung mit Kindern und Jugendlichen im schulischen wie außerschulischen Kontext ist mit zusätzlichen Herausforderungen verbunden: Welchen Zugang zu einer Demokratie können wir Jugend in gesellschaftlichen Spannungsfeldern ermöglichen? Wie können Visionen von dem, wie die Welt heute ist und dem, was sein könnte um junge Perspektiven erweitert werden? Wer lässt sich zwischen BrExit, Klimaerwärmung und Hartz IV an ideellen Werten von Kindern und Jugendlichen messen?

Zusammenhänge sind komplex und im ständigen Wandel. Politische Bildung kann nicht einmalig aufbereitet und dann starr über Jahrzehnte hinweg immer gleich angewendet werden. Da die Standards und Prinzipien angepasst werden müssen, haben Professoren und Fachleute verschiedener deutscher Hochschulen und anderer Bildungseinrichtungen im Jahre 2015 in der sogenannten „Frankfurter Erklärung“¹ die stabilen Grundpositionen einer kritisch-emanzipatorischen politischen Bildung definiert. Demnach müsse politische Bildung

- ✘ aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen, Umbrüche und Krisen aufgreifen
- ✘ Kontroversen und Konflikte nachvollziehbar herausarbeiten, damit über denkbare Alternativen gestritten werden kann. Kritisches Denken werde dabei geschult und der Horizont erweitert, wenn nicht nur bereits verbreitete Positionen weitergegeben werden
- ✘ Machtverhältnisse, Abhängigkeiten und Ungleichheiten erkennen und infrage stellen. Dabei sei insbesondere darauf zu achten, inwieweit existierende Machtverhältnisse Einschränkungen beinhalten könnten, welchen Akteur_innen überhaupt zugehört werde, inwieweit diese über das Allgemeinwohl bestimmen und durch welche Mechanismen andere ggf. ausgeschlossen werden.
- ✘ Bewusstsein darüber schaffen, dass politische Bildung selbst Teil des politischen Systems ist
- ✘ persönliche Kontexte, Erfahrungen und Hemmungen berücksichtigen und auf sie eingehen
- ✘ Möglichkeiten für Veränderungen aufzeigen, die Erfahrung und Aneignung von politischen Handlungen im Lernprozess einleiten

U18 setzt bei der eigenen Neugierde von Kindern und Jugendlichen an, so dass sich daraus eine selbstbestimmte Initiative für politische Bildung entwickeln kann. Mit dem U18-Wahltermin immer neun Tage vor einer richtigen Wahl können die Vorbereitungszeit, der öffentliche Diskurs, die politischen Aktivitäten und Medien genutzt werden. Junge Menschen bekommen in dieser Zeit das

¹ Das Dokument „Frankfurter Erklärung“ mit der ausführlichen Position ist beispielsweise auf der Homepage der Universität Oldenburg zu lesen: <http://bit.ly/2pGaKVM>



politische Tagesgeschehen und die Zukunftsvisionen der Parteien präsentiert. Fragen stellen, Antworten hinterfragen, politischen Modellen auf den Grund gehen, sich kreativ mit Politik auseinandersetzen, selbst feststellen was einem besonders wichtig wäre und dabei gleichzeitig lernen wie das demokratische System funktioniert, um eine Wahlentscheidung zu treffen – das ist die Idee von U18.

U18 steht allen Interessierten jeder Altersklasse offen, ihren Zugang zum Umgang mit Politik, Parteiinhalten, Wahlorganisation, Wahlkampf und Debatten zu suchen. Der Prozess der Meinungsbildung wird nachvollziehbar, Kinder und Jugendliche vermitteln sich gegenseitig politische Interessen und Inhalte und können ihre Wahl selbstbestimmt organisieren. Dadurch, dass U18 sich seit der Entstehung 1996 konstantem Zuwachs und mittlerweile beachtlicher Anzahlen Teilnehmer_innen erfreut, kann U18 auch immer mehr als Begegnungspunkt für beide Seiten verstanden werden: Jugend im Kontakt mit Politik, Politik im Kontakt mit Jugend.

2. Aktivitäten mit jüngeren U18-Einsteiger_innen

Im Folgenden wurde eine kleine Auswahl denkbarer Aktivitäten zum Einstieg in die Idee der politischen Bildung von/für und mit (eher jüngeren) U18-Teilnehmer_innen zusammengestellt. Viele der Methoden eignen sich durch ihre allgemeine Gestaltung jedoch auch in anderen Kontexten.

2.1 Sehr kurze didaktische Einheiten

Grundlagen zur Meinungsbildung

Quelle: U18-Netzwerk Berlin

Materialaufwand:--

Ziel: Die Teilnehmer_innen werden über einen spielerischen Zugang dazu angehalten, Stellungnahmen mit ihrer eigenen Meinung abzugleichen und diese dann argumentativ zu vertreten.



Auf dem Boden werden zwei Bereiche markiert. Einer steht für „Ich stimme zu“, der zweite für „Ich stimme nicht zu“. Gegebenenfalls, nach Ermessen, kann es den dritten Bereich „Ist mir egal“ oder „Kann ich nicht entscheiden“ geben.

Nun werden positionierende Aussagen vorgelesen. Begonnen wird mit einfachen, allgemeinen Aussagen wie „Ich esse gerne Eis“, „Mein Lieblingsfach ist Mathe“. Im Verlauf können die Aussagen dann je nach Niveau der Teilnehmer_innen komplexer gestaltet werden und politische Kernthemen ansprechen (z.B. Aussagen von Politiker_innen, aus Parteiprogrammen, Vorfälle aus dem Wahlkampf oder des politischen, bekannten Tagesgeschehens). Je nach persönlicher Meinung stellen sich die Kinder und Jugendlichen den entsprechenden Bereichen zugehörig auf.

Nach jeder Aussage wird immer wechselnden Vertretern beider Seiten die Möglichkeit gegeben, sich zu ihrer Entscheidung zu äußern. Wichtig ist, dass tatsächlich immer beide Seiten dazu die Möglichkeit erhalten und eine Diskussion zugelassen wird.

Die Diskussion muss sorgfältig moderiert werden und kann in einem Anschlussgespräch z.B. auf Themen wie Fairness, Meinungsfreiheit, Gebrauch von Sprache/Rhetorik, Regeln des Debattierens, Zeit der Darstellung der Meinung, Offenheit gegenüber anderen und Kompromissfähigkeit eingehen.

Was ist Demokratie? Warum stimmen wir ab?

Quelle: Kinder- und Jugend-Beteiligungsbüro
Friedrichshain-Kreuzberg

Ziel: Den Grundsatz und das Prinzip von Wahlen erkennen. Argumente formulieren, vorstellen, anhören, konstruktiv darüber diskutieren, um per Wahl zu einer Entscheidung zu gelangen.



Es wird eine fiktive Geschichte über eine Schulklasse, die über die Verwendung eines Budgets bestimmen soll, vorgelesen. Vor der Abstimmung wird sie unterbrochen (vgl. Schul-Reiss (2005): Nachgefragt: Politik Basiswissen zum Mitreden, S. 12).

Die Frage zur Verwendung des Geldes wird an die Klasse bzw. Gruppe weitergegeben, die Ideen werden gesammelt und eine Abstimmung entweder per Handzeichen oder geheimer Wahl durchgeführt.

Dadurch erfahren die Kinder die einfache demokratische Regel „Mehrheitsentscheid“ und die Herausforderung, einen „kleinsten gemeinsamen Nenner“ zu finden.

Ergänzend können die Basisprinzipien von demokratischen Wahlen erklärt werden und

2.2 Etwas weniger kurze Einheiten

Meine Traumstadt

Quelle: Deutsches Kinderhilfswerk
(Methodischer Leitfaden)

Material: Schreibmaterial, Pinnwand,
Moderationskarten

Ziel: Sich der eigenen Ideen, Wünsche,
Visionen und Themen bewusst werden.
Mitgestaltung als greifbare Idee angehen,
wenn auch anfangs eher fantasievoll



Ausgangsfrage: Wenn du Bürgermeister in deiner Stadt oder deinem Ort wärst, was würdest du alles für die Kinder tun? Du hast so viel Geld wie du brauchst, darfst alles bauen. Nichts ist unmöglich.

Die Entwicklung einer Traumstadt erfordert viel Kreativität und freies Denken. Miesmacherische Hintergedanken stören nur und sollten ausgeklammert werden: „Das geht doch eh nicht! Da macht sowieso keiner mit! Das wird doch nie erlaubt! Das ist zu teuer! Das ist viel zu viel Arbeit!“ Wenn sich bewusst in eine Fantasiewelt begeben wird, ist es leichter, die Gedanken fließen zu lassen. Dafür kann es helfen, einen verrückten Hintergrund als Ausgangspunkt zu geben. So könnte die Traumstadt z.B. für einen verrückten Professor aus der Zukunft gestaltet werden. Je verrückter, desto besser.

Traumreisen können in Verbindung mit der Traumstadt auch eine Hilfestellung sein, sind allerdings nicht in jedem Klassenverband möglich. Lehrer, die bereits Erfahrungen mit Traumreisen haben, können mit den Kindern zusammen eine Reise in ein fernes Land machen. Einem Land, wo z.B. die Kinder an der Macht sind. Dort können ebenfalls Ideen für die Traumstadt gesammelt werden.

Anstelle einer Traumreise lässt sich aber auch gut ein Einstieg mit klassischem Brainstorming finden. Dazu können die Kinder Fragen beantworten wie Was machst du am liebsten in deiner Freizeit? Was sollte es zu Essen geben? Welches neue Unterrichtsfach würdest du erfinden? Welche Tiere gehören in die Stadt und wie und wo leben diese?

Die Träume und Wünsche werden stichpunktartig dokumentiert und an einer Pinnwand gesammelt. Im Transfer zur Realität kann gemeinsam reflektiert werden, welche Traumstadt-Themen am Wichtigsten wären.



Parteien

Quelle: Kinder- und Jugend-Beteiligungsbüro Friedrichshain-Kreuzberg

Material: Bundeszentrale für politische Bildung: „Grundgesetz für Einsteiger und Fortgeschrittene“, U18-Parteiensynopse, Wahlkampfmaterial der Parteien, ggf. Kamera

Ziel: Kenntnisse zur Parteienlandschaft in Deutschland



Es werden Kleingruppen gebildet. Das Schwedenrätsel „Wie viele Parteien findet Ihr?“ (bpb: Grundgesetz für Einsteiger und Fortgeschrittene, S.28) soll in Gruppen, optional als Zeitwettbewerb, gelöst werden. Welche Parteien sind schon bekannt? Welche noch nicht?

Mit der Übung „Was ist die Aufgabe von Parteien“ (ebd.) kann anschließend mehr über die Funktion politischer Parteien gelernt werden. Sollte die Methode „Traumstadt“ oder der „Kinderstammtisch“ bereits angewandt worden sein, können Parallelen zu den Ergebnissen gezogen werden.

Anhand der U18-Synopse der Parteien können die für die Teilnehmer_innen wichtigsten Inhalte der großen Parteien einfach erklärt werden. Welche Themen sind den Kindern wichtig? Welche Themen fehlen? Welche anderen Parteien gibt es noch und womit werben sie? Was versprechen sie?

Bei einem Fotostreifzug durch das Viertel/die Innenstadt oder alternativ beim Durchsuchen von Zeitungen können die Kinder eigenständig nach ergänzenden Elementen, Themen, Parteien und Informationen suchen und diese mit dem bereits Gelernten vergleichen. Wie attraktiv ist die Wahlwerbung und warum? Fehlen immer noch Themen?

In gegenseitigen Interviews können die Kinder sich z.B. fragen, welche drei Dinge eine Partei direkt nach einem Wahlsieg als erstes tun müsste. Je nach Altersgruppe kann mit Methoden des „eigenen Parteiprogramms“ und des „eigenen Wahlkampfes“ begonnen werden.

Politiker innen Memory

Quelle: U18-Landeskoordinierungsstelle
Berlin

Material: Zeitungen, Kampagnenmaterial
oder PC mit Internet und Drucker; festes
Papier oder Pappe, Scheren, Klebstoff

Ziel: Kenntnisse zu den aktuellen
Kandidierenden und den Parteien; auch
zur Wiederholung oder Erinnerung an
bereits gelernte Einheiten verwendbar



Es werden Kleingruppen gebildet. Je nach Altersgruppe und Kenntnisstand wird jede Gruppe mit der Recherche zu Parteien und deren Spitzenkandidierenden beauftragt (alternativ: Bundestagsabgeordnete, Wahlkreiskandidierende, Minister,...). Der Name der Person und die dazugehörige Partei werden zu einem Memory Pärchen verbastelt. Sobald die Karten fertig sind, kann zuerst offen (mit der Bildseite nach oben) – und später nach den üblichen Memoryregeln damit gespielt werden.

In dieser Methode kann Gelerntes gut wiederholt und diskutiert werden.

Kinderstammtisch: Einmal Meckern!

Quelle: Deutsches Kinderhilfswerk
(Methodischer Leitfaden)

Materialaufwand: Schreibmaterial,
Moderationskarten
ggf. Briefumschläge

Ziel: Sich eigener politische Wünsche,
Prioritäten und Toleranzgrenzen bewusst
werden.



Zu Beginn sollte je nach Altersgruppe eine provokante Aussage zum Thema Politik oder Parteiprogramme stehen: „Was die sich in Berlin alle ausdenken, das ist doch alles Quatsch! Hier tropft das Regenwasser durch die Decken in unsere Schule, keiner kann mehr im See schwimmen weil der so dreckig ist – und vor der Stadt bauen sie eine riesige Autobahn. Schlechte Luft statt guten Noten!“

Es gibt viel zu meckern und vieles, was Kinder stört. In einem ersten Schritt können diese Mängel gesammelt werden.

Dies kann auf mehr oder weniger einfache oder komplexe Art und Weise gestaltet werden, am einfachsten steht im Zentrum die Auseinandersetzung mit dem eigenen Umfeld: Schule, Familie, Freizeitmöglichkeiten, usw. In Einzelarbeit kann erst einmal von jedem in sich gegangen und alles gesammelt werden, was den Kindern einfällt – alles, was stört ist wichtig. Pro Problem wird eine Karte beschrieben.

Beim Stammtisch können die Kinder dann in kleinen Gruppen ihren Dampf ablassen und miteinander besprechen. Jede Gruppe gibt dann ein oder zwei Probleme an die „Bürgerversammlung“ (den Klassenverband) weiter. Neue Einfälle werden hierbei festgehalten.

Anschließend sollte die Bürgerversammlung (oder jeder Stammtisch für sich) einen salzigen Brief an den Bürgermeister verfassen. Je nach Ernsthaftigkeit der Gruppenarbeit kann dieser Brief anschließend symbolisch oder wirklich abgeschickt werden.



U18-Wahlurne basteln

Quelle: U18-Landeskoordinierungsstelle Berlin

Materialaufwand: (je nach Ideen) Pappe, Kartons, Papier zum Bekleben, Stifte

Ziel: Zur U18-Wahl gibt es in verschiedenen Bundesländern ein Wahlurnenwettbewerb mit jeweiliger Preisausschreibung, an dem teilgenommen werden kann (Koordinierungsstelle kontaktieren). Die Wahlurnen am U18-Wahltag benutzt werden.



Warum müssen es eigentlich immer graue, einfarbige und langweilige Wahlurnen (und Wahlkabinen) sein, mit denen gewählt wird? Schließlich ist die Teilnahme an demokratischen Prozessen doch etwas Schönes, Feierliches?!

Die U18-Wahl gehört den Kindern und Jugendlichen. In den Vorbereitungen auf den U18-Wahltag kann die Ausstattung des Wahllokals von den Wähler_innen selbst kreativ gestaltet werden. Dabei stellt sich natürlich auch die Frage: Wie soll Eure Wahlurne aussehen?

Egal ob riesig groß, rund oder eckig, mit Plüsch, Glitzer oder Beleuchtung - in vielen Bundesländern schreiben die Landeskoordinierungsstellen Preise für die schönsten und ungewöhnlichsten Wahlurnen aus! Sendet die Fotos an Eure U18-Landeskoordinierung.

3. Aktivitäten mit jugendlichen U18-Teilnehmer_innen

Im Folgenden wurde eine kleine Auswahl denkbarer Aktivitäten für die Begleitung einer Weiterentwicklung politischen Interesses bei jugendlichen und/oder „fortgeschrittenen“ U18-Teilnehmer_innen zusammengestellt.

3.1 Sehr kurze didaktische Einheiten

Grundlagen zur Meinungsbildung

Quelle: U18-Netzwerk Berlin

Materialaufwand: -

Ziel: Die Teilnehmer_innen werden über einen spielerischen Zugang dazu angehalten, Stellungnahmen mit ihrer eigenen Meinung abzugleichen und diese dann argumentativ zu vertreten.



Auf dem Boden werden zwei Bereiche markiert. Einer steht für „Ich stimme zu“, der zweite für „Ich stimme nicht zu“. Gegebenenfalls, nach Ermessen, kann es den dritten Bereich „Ist mir egal“ oder „Kann ich nicht entscheiden“ geben.

Nun werden positionierende Aussagen vorgelesen. Begonnen wird mit einfachen, allgemeinen Aussagen wie „Ich esse gerne Eis“, „Mein Lieblingsfach ist Mathe“. Im Verlauf können die Aussagen dann je nach Niveau der Teilnehmer_innen komplexer gestaltet werden und politische Kernthemen ansprechen (z.B. Aussagen von Politiker_innen, aus Parteiprogrammen, Vorfälle aus dem Wahlkampf oder des politischen, bekannten Tagesgeschehens). Je nach persönlicher Meinung stellen sich die Kinder und Jugendlichen den entsprechenden Bereichen zugehörig auf.

Nach jeder Aussage wird immer wechselnden Vertretern beider Seiten die Möglichkeit gegeben, sich zu ihrer Entscheidung zu äußern. Wichtig ist, dass tatsächlich immer beide Seiten dazu die Möglichkeit erhalten und eine Diskussion zugelassen wird.

Die Diskussion muss sorgfältig moderiert werden und kann in einem Anschlussgespräch z.B. auf Themen wie Fairness, Meinungsfreiheit, Gebrauch von Sprache/Rhetorik, Regeln des Debattierens, Zeit der Darstellung der Meinung, Offenheit gegenüber anderen und Kompromissfähigkeit eingehen.



Argumentationsübung

Quelle: U18-Netzwerk Berlin

Materialaufwand: -

Ziel: Logische Zusammenhänge zwischen politischen Äußerungen, Thesen, Mottos und dem dahinterstehenden alltäglichen Leben nachvollziehen. Nach Schlüsselargumenten suchen, die die Meinung und Entscheidung der Anderen beeinflussen.



In Gruppenarbeit oder als Einzelkandidat_in auf der Suche nach Followern werden Begründungsschemen entwickelt, die auf eine schmissige These hinauslaufen. Die Begründung sollte fünf Sätze lang sein, die Idee hinter der These logisch abbilden und einer Publikumsgruppe vorgestellt werden. Das Publikum (oder eine „gegnerischen Position“) hinterfragt die Begründung auf ihre Stichhaltigkeit. Anschließend kann (wenn gewollt) eine Entscheidung für oder gegen die These getroffen werden.

Beispiel Arbeitsauftrag: Bildet zu dem Satz: "Wählen gehen!" ein aus insgesamt fünf Sätzen bestehendes Begründungsschema. Warum sollten alle wählen gehen? Probiert eure Begründungen aus. Welche Argumente sind am überzeugendsten?

Mögliche Lösung: Der Jugendtreff in unserem Stadtviertel soll geschlossen werden. Das Freizeitangebot nimmt ab, die Kinder und Jugendlichen sind auf sich gestellt oder müssen von den Eltern in den weiter entfernt liegenden gebracht werden. Risiken: Langeweile, keine eigenen selbstbestimmten Orte für die Freizeit, Freundschaften werden auseinander gerissen, Jugendliche finden ihre eigene Stadt doof. Eine Abgeordnete der Partei XY setzt will sich für den Erhalt des Jugendtreffs einsetzen. Also bei der nächsten Kommunalwahl: Wählen gehen!

Für Übungen und Material zu Debatten, Argumentation und Struktur

3.2 Etwas weniger kurze Einheiten

Das eigene Parteiprogramm

Quelle: Deutsches Kinderhilfswerk
(Methodischer Leitfaden)

Materialaufwand: Schreibmaterial, große
Plakate, Pinnwände oder Tafel

Ziel: Ursprung und Konzept von politischen
Parteien nachvollziehen, Kompromisse
zwischen verschiedenen Interessen finden



Im Vorfeld muss eine inhaltliche oder geschichtliche Einführung zum Parteibegriff erfolgen. Definition einer Partei, demokratische Grundprinzipien, was muss eine Partei erfüllen um zur Wahl stehen zu dürfen, wie viele Gründungsmitglieder muss es mindestens geben?

Einleitende Fragestellung in der Gruppe: Welches Thema ist mir sehr wichtig oder meiner Meinung nach in der derzeitigen Parteienlandschaft nicht oder unzureichend abgebildet? Es kann auch um ausgedachte Themen gehen, die nicht ernsthaft wichtig sind. Wofür würde ich mich mit meiner Partei einsetzen, was sind meine Ziele, meine Vision der Gesellschaft, meine ersten Schritte und meine Forderungen? Die Ergebnisse werden auf großen Plakaten oder der Tafel zusammengefasst. Wichtig ist, dass am Ende mindestens zwei Parteien entstehen.

Besprechung: In der großen Gruppe wird noch gemeinsam entwickelt, was in ein Parteiprogramm hineingehört (Ziel, Werte, Grundsätze, Hauptmaßnahmen). Ergebnisse der Methoden „Stammtisch“ und „Traumstadt“ können gegebenenfalls mit verwendet werden, jede_r Teilnehmer_in macht sich Gedanken zu eigenen Träumen und Kritikpunkten, zu Dingen die im Programm stehen sollen und welche auf gar kein Fall.

Die Teilnehmer_innen finden sich selbstständig in Interessensgruppen zusammen, um Parteien gründen zu können. Dort stellen sie sich gegenseitig ihre Kritikpunkte und Wünsche vor. Es wird überlegt, wie die verschiedenen Ziele und Wünsche in einem gemeinsamen Parteiprogramm eingebaut werden können, so dass alle Beteiligten dahinter stehen. Stichpunktartig werden die Hauptforderungen, Ziele, Werte, Grundsätze und Maßnahmen festgehalten und unterschrieben.



Der eigene Wahlkampf

Quelle: Deutsches Kinderhilfswerk
(Methodischer Leitfaden)

Materialaufwand: Schreib- und Bastelmaterial,
große blanko Plakate, Bilder aus
Zeitungen/Katalogen, dicke Filzstifte, Auswahl
von aktuellen und ggf. alten

Kampagnematerialien politischer Parteien, PC

Ziel: Einzelne Etappen des Wahlkampfes und
der Wahl nachvollziehen



Diese Methode kann als Fortsetzung der Methode „das eigene Wahlprogramm“ verstanden werden, die Gruppen bleiben ggf. bestehen. Sie sind das Wahlkampfteam für ihre fiktive Partei. Jede Kleingruppe hat nun folgende Aufgaben:

Schritt 1 – öffentlicher Auftritt. Dabei sollten folgende Fragen in der Kleingruppe bearbeitet werden: Name der Partei (darf ruhig lustig sein), Name der Spitzenkandidatin/des Spitzenkandidaten, wichtigste drei Ziele, Motto der Partei, Parteilogo

Schritt 2 – Wahlversprechen. Wahlversprechen sind große Ankündigungen, die an die Wähler_innen adressiert werden. Sie sollen auch Wähler_innen, die sich nicht mit dem Parteiprogramm beschäftigen, überzeugen können. Die Kleingruppen denken sich Wahlversprechen aus. (z.B. Wenn Sie uns wählen, bekommt jedes Kind von uns ein großes Eis!)

Schritt 3 – Das Wahlplakat. Ein gutes Wahlplakat ist wichtig, denn nicht jeder Wähler liest das Wahlprogramm. Das vorher erarbeitete Wahlversprechen muss auch auf dem Plakat wieder zu erkennen sein. Wie wichtig ist das Aussehen und die Wirkung der/des Kandidatin/en? Was spricht dafür oder dagegen, die Person zu zeigen? Was muss man ausstrahlen? In der Gruppe wird ein Plakat gestaltet. Mit ihm soll die Idee der Partei rübergebracht werden. Als Vorlagen und zum Verständnis können echte Wahlplakate dienen.

Schritt 4 – Wahlkampf. Zu Wahlkampfzeiten sind sie nicht wegzudenken: die ständige Präsenz der Kandidierenden auf allen Social Media Kanälen und die Infostände der Parteien in Fußgängerzonen. Jede Partei wirbt lautstark für ihre Ideen. Dies soll nun auch im Klassenraum und im Schulgebäude geschehen. Die Parteigruppen richten sich einen kleinen Stand ein. Ist alles aufgebaut, können die Schüler_innen umhergehen und sich die Stände der anderen Parteien anschauen. Immer ein_e Schüler_In bleibt am Stand und versucht, die Passanten zu überzeugen.

Die Wahlkampf-Mappe in der Klasse/Gruppe

Quelle: Deutsches Kinderhilfswerk (Methodischer Leitfaden)

Material: Schreibmaterial, Ringordner, Klebstoff, Wahlprogramme, Faltblätter, Broschüren, etc.,

Ziel: Zugang zu unterschiedlichen Wahlprogrammen und eine selbständige Auswertung zu ermöglichen.



Zur Wahlzeit werden BürgerInnen überschwemmt mit Faltblättern, Broschüren, Postern, Aufklebern usw. In der Klasse kann daher eine so genannte Wahlkampfmappe angelegt werden. Dort sammeln die Schüler_innen alles, was sie (oder ihre Familie) an Wahlkampfmaterial von den Parteien bekommen. Die Mappe kann von allen gemeinsam gestaltet werden und sollte regelmäßig in der Klassenrunde Thema sein. Jeder, der ein neues Wahlprogramm mitbringt, heftet dies ein und stellt es ggf. mit Hilfe der Lehrkraft kurz der gesamten Klasse vor.

Dabei könnten folgende Fragestellungen erörtert werden: Was sind die wichtigsten (Kern-)Punkte des Parteiprogramms der Partei? Was sagt Partei x im Gegensatz zu Partei y zu einer bestimmten Frage? Wie realistisch sind die Programme von Partei x/y?

Zusätzlich können Fotos von besuchten Wahlkampfveranstaltungen, eigene Notizen, die U18 Synopse, Erfahrungsberichte, Twitter- und Facebookposts, Zeitungsausschnitte oder Unterschriften von Politikern hinzugefügt werden.

Da sich politisches Denken vor allem im Disput mit anderen bildet, bietet sich hier eine offene Unterrichtsform mit der ganzen Klasse an.

Wahlkampf analysieren

Quelle: U18-Netzwerk Berlin

Materialaufwand: Wahlkampf- und Kampagnenmaterial der Parteien, Wahlprogramme, PC mit Internet, ggf. Kamera

Ziel: Signalwirkungen und Bildsprache der Parteien nachvollziehen



Die Kommunikation der Parteien auf den verschiedenen Kanälen (Internetauftritt, Social Media der Spitzenkandidaten_innen, offizielles Wahlprogramm, Posterkampagnen, Flyer, U18-Synopse, etc.) wird einander gegenübergestellt und miteinander verglichen. Welche Unterschiede gibt es? Wie kommuniziert ein- und dieselbe Partei in verschiedenen Situationen? Warum?

Gibt es Widersprüche? Werden unterschiedliche Schwerpunktthemen gesetzt? Wie wollen die Parteien wirken?

Falls die Teilnehmer_innen Lust haben, können die lokalen Kandidaten_innen des Wahlkreises von den Jugendlichen über ihre Beobachtungen informiert oder mit Fragen konfrontiert werden. Zudem kann versucht werden, Wahlplakate der Kandidaten_innen des Wahlkreises nachzustellen und zu fotografieren.

Umgang mit Printmedien

Quelle: U18-Netzwerk Berlin

Materialaufwand: verschiedene Zeitungen (politische Ausrichtungen/ Themen/ Zielgruppen), Scheren, Kleber, Plakate

Ziel: Die Teilnehmer_innen machen sich Gedanken zur Vermittlung und Wirkung von Nachrichten



Es werden große Überschriften in einzelne Worte zerschnitten und aus den Wort- oder Satzelementen werden neue Überschriften zusammengestüekelt. Welche Ideen zu Geschichten kommen durch die neuen Überschriften zustande? Es können ggf. auch Fantasiegeschichten erfunden werden.

Zur Diskussion: Welche Wirkung hat die Wortwahl und Form auf die Leser_innen? Mit welchem Ziel formuliert man etwas eher auf die eine oder andere Art? Gibt es in unterschiedlichen Zeitungen Artikel zu demselben Thema/Ereignis? Wie unterschiedlich wurden die Gegebenheiten beschrieben?

Schlüsselfragen: Welche Artikel lassen sich leichter lesen, sind interessanter, was passiert bei den Leser_innen emotional? Was bedeutet das für die Meinungsbildung? Warum ist es so anstrengend, einen Artikel zu lesen mit dem ich nicht einer Meinung bin? Wie informiert man sich am besten/neutralsten?

Der Wahl-O-Mat

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung:
<http://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/>

Materialaufwand: Computer mit Internetzugang

Ziel: Abgleich der eigenen Meinung mit den Haltungen der Parteien



Seit 15 Jahren stellt die Bundeszentrale für politische Bildung immer rechtzeitig vor Wahlen den Wahl-o-Maten zur Verfügung. Die eigene politische Haltung kann anhand von Thesen spielerisch online mit denen der Parteien abgeglichen werden. Am Ende erhält jeder ein „Ergebnis“, welche Partei man den Antworten nach am nächsten steht. Dass das Tool vereinfacht funktioniert und für komplexe Themen nur standardisierte Antworten

geben kann, liegt in der Natur der Sache – dies ist die Stärke wie Schwäche des Tools und sollte vorab mit allen Teilnehmer_innen besprochen werden.

Der Wahl-O-Mat ist normalerweise **ca. zwei Wochen vor einem Wahltermin auf der Webseite der Bundeszentrale für politische Bildung** zu finden. Dort sind auch weiterführende und begleitende Materialien erhältlich, beispielsweise zum analogen „Wahl-O-Mat zum Aufkleben“ oder konkrete Hinweise zum Umgang mit dem Wahl-O-Maten im Schulunterricht: <http://www.bpb.de/lernen/projekte/wahl-o-mat-im-unterricht/>



Das Politik-Quiz

Quelle: U18-Netzwerk

Materialaufwand: Papp- oder Karteikarten, Schreibmaterial, Pinnwand oder Tafel

Ziel: Erlerntes wiederholen, offene Fragen und Wissenslücken oder Verständnisprobleme identifizieren bzw. schließen



Die meisten Jugendlichen hören im Alltag einen Haufen politischer Begriffe. Aber kennen sie die Bedeutung und können sie erklären? Oder können sie die Namen der Verantwortlichen in der Regierung oder in den Parteien nennen?

In kleinen Gruppen bis zu fünf Personen werden Fragen (und Antworten) zu politischen Begriffen recherchiert, um die jeweils anderen Gruppen in einem gegenseitigen klassischen Fragequiz auszustechen. Die Fragestellungen wären „Was ist...?“ oder „Nenne mir zwei Beispiele für...“, à la Trivial Pursuit. Denkbare Begriffe: Kabinett, Legislaturperiode, drei Minister nennen, Überhangsmandat, Bundestag, etc.

Spielbar ist das Quiz auch als eine „Tabu“-Variante: Dafür müssen die Begriffe erraten werden. Die erklärende Person bekommt aber zu jedem Begriff fünf Wörter, die in ihrer Erklärung nicht verwendet werden dürfen.

Es sollte in beiden Fällen Raum für Fragen sein und größere Ungereimtheiten geklärt werden können.

4. Aktivitäten mit politischen Gästen

✳ WahlZirkus

Quelle: U18-Landeskoordinierungsstelle Berlin

Hinweis: Lokale Medien (Zeitungen, Radiosender) haben eventuell Interesse an einer Unterstützung der Veranstaltung, auch die Prüfung vorhandener Förderungsmöglichkeiten kann sinnvoll sein.



Ziel: Für eine große Gruppe interessierter U18-Wähler_innen (Schule oder mehrere Schulen; Zusammenschluss Jugendtreffs) können für eine dynamische Wahlveranstaltung oft Vertreter_innen verschiedener Parteien gewonnen werden, die sich den Fragen der Kinder und Jugendlichen stellen und auch untereinander diskutieren. Der Prozess der Meinungsbildung wird ernst genommen und Eindrücke unterschiedlicher Perspektiven werden gewonnen. Die Veranstaltung sollte von Kindern und Jugendlichen selbst (ggf. mit Unterstützung) moderiert werden.

Vertreter_innen der Parteien werden eingeladen, müssen sich ihre Redezeit und die Aufmerksamkeit des jungen Publikums aber erst verdienen: Der WahlZirkus beginnt mit kleinen Spielen, bei denen der zu gewinnende Preis Redezeit ist.

Welche Spiele ausgewählt werden und mit wieviel Redezeit sie belohnt werden, sollte vorher genau von den Kindern und Jugendlichen überlegt und geplant worden sein. Wichtig ist, dass sie Spaß machen, lustig aussehen und vor allem nicht zu lange dauern, da das Thema immer noch bei politischen Inhalten liegen sollte. Denkbare Beispiele: Hula-Hoop, Dosenwerfen, Jugendquiz.

Die Politiker_innen können einzeln oder in einer Diskussionsrunde mit Fragen der Kinder und Jugendlichen konfrontiert werden, bei denen sie ihre Redezeit einsetzen dürfen. Auch diese Fragen wollen gut vorbereitet sein und müssen vorab abgestimmt werden. Welche Fragen sind die dringendsten? Wieviel Zeit plant man wofür ein? Wie verhält sich der/die Moderator_in, wenn vom Thema abgekommen oder Redezeit massiv überschritten wird?

Die Eingeladenen sollten vorab auch informiert werden, wer noch eingeladen ist und mit welchem Ablauf (Zeitplan) zu rechnen sein wird. Oft muss bei den Parteibüros mehrfach nachgehakt werden, die Einladungen sollten also sehr frühzeitig verschickt werden. Falls der/die Wunschkandidaten_innen verhindert sind, kann eine Stellvertretung geschickt werden.

Falls Publikum zum Zirkus kommen soll, muss Werbung gemacht werden. Dabei können die Landeskoordinierungsstellen auch helfen, z.B. mit Werbematerial oder U18-Informationen

Falls Ihr mit Zeitungen und Reportern zusammenarbeiten möchtet, sprecht Euch auch mit diesen sorgfältig ab, damit sich jeder seiner Aufgaben und Möglichkeiten bewusst ist. Darf ein Reporter auch Fragen stellen? Wer macht die Technik? Woher bekommt man Getränke? Wo veranstaltet man den Zirkus? All dies muss überlegt werden – aber es lohnt sich.

☞ Politiker_innen im Interview (klassisch)

Quelle: Deutsches Kinderhilfswerk
(Methodischer Leitfaden)

Materialaufwand: Schreibmaterial, Ringordner, Kampagnenmaterial der Parteien, U18-Synopse, Klebstoff, ggf. PC, ggf. ein geeigneter Raum und je nach Besucher_innenzahl auch eine entsprechende Technik. Wasser während des Interviews.

Ziel: Realitätsnahe Erfahrung des politischen Geschehens, Einblicke in die Perspektive von Politiker_innen, Beantwortung offener Fragen



Hier sollen die Parteien direkt eingeladen und befragt werden. Jemand vom Ortsverein oder Kandidierende des Wahlkreises haben trotz Wahlkampf vielleicht Zeit, vorbeizuschauen oder eine Gruppe Gäste zu begrüßen und Fragen zu beantworten. Im Vorfeld müssten in der Klasse geeignete Fragen formuliert werden:

Die Kinder und Jugendlichen sollten sich vorab in Einzel- und Gruppenarbeit überlegen, welche Fragen sie zur Partei und deren Wahlprogramm haben. Alle Fragen werden auf Karten geschrieben und gruppiert (ähnliche Fragen) und von der Gruppe nach Dringlichkeit eingestuft. Die Fragenstellenden müssen nicht unbedingt immer die Fragenerfinder_innen sein.

Die Zeit für das Interview sollte so geplant sein, dass alle Fragen Platz haben. Die Antworten werden entweder aufgenommen oder direkt notiert.

Achtung: Politiker_innen neigen dazu, ausschweifende und lange Antworten zu geben, die dann nur noch wenig mit der Frage zu tun haben. Darauf können Kinder und Jugendliche aber vorbereitet werden, damit sie sich trauen notfalls auch nachzuhaken. Und immer wenn etwas nicht verstanden wurde, unbedingt nachfragen.

Wenn die Interviewsituation vorbei ist, können die Kinder und Jugendlichen ihre Gedanken zu den Antworten und Gesprächen miteinander austauschen. Hat sie etwas überrascht? Wo hätten sie sich mehr erhofft? Was waren neue Aspekte für sie?

☞ Senf dazu? Politiker grillen

Quelle: VHS Leipzig und Stadtjugendring Leipzig

Material: Grills, Lebensmittel und Getränke, Veranstaltungsort im Freien, Bierzelttische und – Bänke, Budget für vorab Werbung und Organisation, ggf. Soundanlage.

Ziel: In ungezwungener Atmosphäre die Kandidierenden des Wahlkreises und deren politische Agenda kennen lernen



Die Veranstaltungsorganisation sollte weitestgehend in den Händen der Kinder und Jugendlichen selbst liegen, hierfür sind Vorbereitungstreffen notwendig. Werbe- und

Informationsmaterial, kurze Inputs, Einkauf und Moderation etc. sollten von jungen U18-Teilnehmer_innen übernommen werden.

In einem Grillduell treten Kandidierende aller Parteien gegeneinander an. Was kommt auf den Tisch und wer kocht sein eigenes Süppchen? Bei wem darf man Senf dazugeben? Während sie am Grill schwitzen, werden sie noch von Kindern und Jugendlichen in die Mangel genommen und zu allen wichtigen Themen befragt.

Per Los werden die politischen Kandidatinnen und Kandidaten in Zweiertteams aufgeteilt und können sich Zutaten für ihren Grillbeitrag und den „Koalitionssalat“ erspielen. Nachdem sie sich dem Publikum vorgestellt haben, bekommen sie einen Zeitraum zur Vorbereitung. Diese Zeit kann von den moderierenden Kindern und Jugendlichen genutzt werden, eine kleine grundsätzliche Einführung zur Wahl zu geben und Fragen aus dem Publikum zu sammeln (einige Fragen sollten bereits im Vorfeld vorbereitet worden sein).

Während des Grillens werden die Politiker_innen mit den Fragen konfrontiert. Jeder Gast im Publikum erhält zwei Pappkarten, „Smiley“ und „Hä?“, mit denen direkt auf die Antworten und Gespräche der „Gegrillten“ reagiert werden kann. Eine jugendliche Jury bewertet anschließend das zubereitete Essen und die Teamleistung der Kandidierenden.

Beim anschließenden großen Grillen für alle Publikumsgäste können die politischen Kandidatinnen und Kandidaten eigene Tische eröffnen und in den Tischrunden in kleinen Gruppen ausführlicher diskutieren, vorab Gesagtes erklären und auf Fragen besser eingehen.



Polit-Tour

Quelle: U18-Landeskoordinierungsstelle Berlin

Material: ggf. Pappe (Kartons), Papier, Stifte/Farben, Bastelutensilien, um eigene Plakate, Wegweiser, Schilder oder Sprechblasen mit Wünschen/ Forderungen zu erstellen.

Ziel: Politik am und im eigenen Kiez/Ort erfahren und verständlich diskutieren



Politische Entscheidungen stecken den Rahmen für das tägliche Leben und sind deshalb für jeden von unmittelbarer Bedeutung. Auf der Polit-Tour wird im Spaziergang mit Kandidierenden eine Situation geschaffen, wo Politik, politisches Handeln, Visionen, Pläne und Auswirkungen deutlich gemacht und diskutiert werden können.

Stimmt erstmal gemeinsam ab, welche Orte für Euch eine Rolle spielen / was Euch bewegt. Welche Themen wollt Ihr den Politiker_innen mit auf den Weg geben? Denkbare Beispiele: Barrierefreiheit, Spielplätze, Sportplätze, Bibliotheken, saubere Parks, marode Schulen, Jugendtreffs, Sportvereine, etc. Findet einen Termin für einen Spaziergang und überlegt Euch die Route. Soll der Spaziergang öffentlich sein? Sind alle Beteiligten gut zu Fuß oder bedarf es besonderer Maßnahmen für ältere Teilnehmende, Rollstuhlfahrer_innen o.ä.?

Wollt Ihr weitere Kinder/Jugendliche oder auch Erwachsene einladen? Soll die Presse dabei sein? Macht jemand Notizen oder Fotos?

Bei den Einladungen an die Politiker_innen Eures Wahlkreises und die Vertreter_innen der Bezirksverordnetenversammlung muss gut recherchiert werden, wer Eure zuständigen Ansprechpartner_innen sind und genug Zeit für Antworten gelassen werden. Politiker_innen sind viel unterwegs und brauchen manchmal etwas, um zu antworten. Es kann Sinn machen zu überlegen, wer als alternativer Gast infrage kommt, sollten die entsprechenden Personen keine Zeit haben.

Wir empfehlen für den Spaziergang eine Maximaldauer von 45min Gehzeit, vielleicht mit anschließender Diskussionsrunde im Sitzen. Bedenkt auch, dass man unterwegs zwischendurch mal durchatmen kann. Wenn es Fragen zu einer lauten Kreuzung gibt, sollte der nächste Ort auf jeden Fall etwas ruhiger sein.



Speed-Dating

Quelle: KVHS Norden

Material: Je nach Anzahl Teilnehmer_innen kann diese Veranstaltung klein/günstig sein, sofern Raum, Tische und Stühle vorhanden sind. Für Grundverpflegung (Wasser, Kaffee und Snacks) sollte dennoch gesorgt sein.

Ziel: Weiterführende Fragen persönlich stellen, knappe und direkte Antworten erhalten, Meinung bilden.



Oh lala, ein politisches Rendezvous? Mit dem Politiker_innen Speed-Dating sollen in gewisser Weise Pärchen gebildet werden. Wie gut passen wir zusammen; Partei, Kandidat_in und ich als potenzielle_r Wähler_in? Mit meiner Haltung, meinen Werten, meinen Themen? Um dies herauszufinden, ist kein Eindruck stärker als der Erste. Am besten im persönlichen Gespräch.

Die Kandidaten_innen oder Vertreter_innen der Jugendfraktionen der Parteien werden eingeladen. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde sitzen sie immer mit jeweils maximal vier oder fünf Teilnehmer_innen an einem Tisch, um sich von diesen ausfragen zu lassen. Viel Zeit bleibt den Kandidaten_innen aber nicht, um die Herzen zu gewinnen – nach einer kurzen Zeitspanne (die vorher festgelegt werden sollte, maximal 10min) wechseln die Politiker_innen die Tische. Dann stellen sie sich direkt der nächsten Fragerunde.

Diese Methode eignet sich besonders, nachdem die Teilnehmer_innen sich bereits mit den Wahlprogrammen, Inhalten und ihren eigenen Meinungen auseinandergesetzt haben. Entsprechend können persönliche Fragen vorbereitet werden, die einen echten Mehrwert an Informationen für die Wähler_innen und ihre Anliegen liefern, während der Zeitdruck den Politiker_innen oder Fraktionsvertreter_innen auferlegt, schnell auf den Punkt kommen zu müssen.

5. Die eigene U18-Wahl

Die Teilnahme an der U18-Wahl ist dafür ausgelegt, dass sie sowohl von Kindern und Jugendlichen auf Selbstinitiative, als auch unter Leitung von Lehrer_innen, Teamer_innen, Erzieher_innen, Jugendgruppenleiter_innen, etc. umgesetzt werden kann. Deshalb ist die Faustregel bei U18 „Viel kann, wenig muss“ – und lässt Raum für Kreativität und Individualität. Deshalb sind die Ergebnisse der U18-Wahlen aber auch nicht repräsentativ im wissenschaftlichen Sinne. Zwar nehmen zum Teil viele tausende Kinder und Jugendliche teil, aber wir kontrollieren nicht jedes Detail des Wahlablaufes. Denn U18 ist ein Projekt der politischen Bildung und die Wahl letztendlich ein Ausdruck dessen, wohin die Auseinandersetzung mit den Themen die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen geführt hat.

U18-Wahllokale melden sich auf U18.org an und haben damit Zugang zu einer online Software, über die die Wahlergebnisse später eingegeben und hochgerechnet werden.

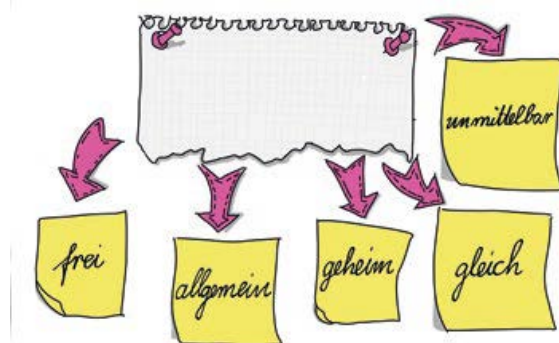
Die U18-Wahlen orientieren sich immer an den offiziellen Wahlterminen von Bundestags-, Landtags-, Europawahlen: neun Tage vor den Erwachsenen ist U18-Stichtag! Danach können normalerweise keine Stimmen mehr eingereicht werden. Inwieweit Terminabweichungen nach vorne möglich sind, kann dem Informationsmaterial für Wahllokale entnommen werden (beispielsweise den [FAQ](#)). Koordinierungsstellen helfen bei großen Wahlen, Fragen zu beantworten und den Ablauf des Wahltags sicherzustellen.

U18 ist ein Projekt der politischen Bildung und prinzipiell offen für Kinder und Jugendlichen aller Altersgruppen, Hintergründe, Bildungssituationen, etc. Die Vorbereitung auf die Wahl ist im Prinzip das Herzstück von U18, denn es nutzt die eigene Neugierde der Kinder und Jugendlichen während der bewegten Wahlkampfzeit, um sich mit Politik, Parteien, Wahlen und Prozessen der Meinungsbildung auseinanderzusetzen – und dann ihre Stimme abgeben zu können.

Phase 1: Die Vorbereitung

Begriffsklärungen. Kinder und Jugendliche sollten sich altersentsprechend im Vorfeld der U18-Wahl mit den verschiedenen Aspekten der Wahl befassen. Die Klärung von Begriffen, die immer wieder fallen, und vom grundsätzlichen Ablauf, der Basis von Demokratie und dem Prinzip von Wahlen sind ein guter Einstieg.

Wahlabläufe. Anschließend kann zur Frage übergeleitet werden, wie eigentlich gewählt wird. Die Kriterien „geheim, gleich, direkt, frei und allgemein“ sollten geklärt werden. Zu diesem Zeitpunkt macht die Anmeldung eines U18-Wahllokals Sinn. Jedes Wahllokal darf bestimmen,



wie es seine Wahl gestaltet – von Wahlurnen, Wahlkabinen, Wahlhelfer_innen Wählerlisten oder öffentlichen Wahllokalen über mobile Wahllokale bis hin zu Ständen in Schwimmbädern oder auf Marktplätzen: alles kann entschieden beziehungsweise gestaltet werden. Je nach Altersgruppe, Kontext und

materiellen Ressourcen ist ein Wahllokal mit einfachsten Mitteln umsetzbar oder kann aufwendig geplant werden. Viele Informationen dazu gibt es auch in den [FAQ](#). In vielen Bundesländern gibt es Preise für die kreativste Wahlurne zu gewinnen – auch hier sind spannende Gruppenaktivitäten möglich.

Politische Inhalte. Wen will ich eigentlich wählen? Was gibt es alles? Welche Themen sind mir wichtig? Was fehlt mir oder was sind meine Tabuthemen? Was ist eine Partei eigentlich und wie kommt es zu den verschiedenen Haltungen? Die Vorbereitung auf die Wahl sollte sich dann auf Inhalte konzentrieren. Je nach Altersgruppe kann von vereinfachten Basiskenntnissen bis hin zur Vertiefung auf komplexe Themen alles angeboten werden. Die U18-Synopse der Parteiinhalte ist hier oft hilfreich. Diese lässt sich auch mit anderen Quellen vergleichen und gegenüberstellen, sodass Widersprüche und Lücken in Parteiprogrammen noch deutlicher werden. **Achtung: [Randparteien](#), die nicht auf der Synopse erscheinen, können oft ebenfalls interessant sein für die Schwerpunktthemen der U18-Teilnehmer_innen und sollten unbedingt einbezogen werden!**

Einmischen. Dass unter 18-Jährige noch nicht über ein Wahlrecht verfügen, heißt auf gar keinen Fall, dass sie sich nicht einmischen dürfen. Bei Podiumsdiskussionen, Medienaktivitäten und Wahlversprechen können durch die U18-Wähler_innen Themen angesprochen werden, zu denen Politiker_innen sich dann verbindlich äußern. So kann U18 Jugend und Politik in einen Austausch miteinander bringen, der weite Kreise zieht.

Phase 2: Die Wahl

Ob ein eigenes Wahllokal organisiert wird oder nur eines besucht wird: Am Wahltag wird gewählt! Den Stimmzettel gibt es rechtzeitig vor den Wahlen als Excel-Datei auf der U18-Homepage, [dieser muss allerdings von den Wahllokalen selbst ausgedruckt und vervielfältigt werden](#). Falls die Abgabe der Erststimme gewünscht ist, müssen auch die entsprechenden Wahlkreiskandidaten_innen dort vor dem Druck noch nachgetragen werden. Neben den Stimmzetteln werden (in welcher Form auch immer) Kugelschreiber, Wahlurnen, Wahlkabinen bzw. Privatsphäre und eventuell Stempel zum Markieren der erfolgreichen Stimmabgebenden benötigt. Poster, Hinweise, Dekoration oder auch nochmal inhaltliches Material zur Erinnerung können ebenfalls selbst gestaltet oder vorab von den Koordinierungsstellen bezogen werden.

U18-Wahlen sind immer neun Tage vor offiziellen Wahlterminen, normalerweise ist dies ein Freitag. Die Adressen und Öffnungszeiten der einzelnen Wahllokale können der Übersichtskarte auf der Homepage entnommen werden (draufklicken für die Detailansicht). Normalerweise schließen Wahllokale spätestens um 18:00 Uhr, sodass die ersten Hochrechnungen noch am Wahlabend selbst bekanntgegeben werden können: nach Wahlschluss werden die Stimmen ausgezählt und in das Online-Tool der Wahlsoftware eingetippt.

Bei großen Wahlen findet normalerweise auch eine Wahlsendung statt, die am Wahlabend online live gestreamed wird und in den Wahllokalen, Jugendtreffs, etc. von den Wähler_innen direkt verfolgt werden kann. Dabei gibt es auch Einblicke in die ersten ankommenden Ergebnisse.



Phase 3: Die Nachbereitung

Es ist sehr wünschenswert, dass im Nachgang der U18-Wahlen mit den Ergebnissen weiter gearbeitet wird. Zum einen können wenige Tage später die Ergebnisse der offiziellen Wahlen mit denen der U18-Wahl gegenüber gestellt werden. Welche Unterschiede gibt es? Welche Gründe vermutet Ihr dafür?

Zum anderen sollte aber auch weiter verfolgt werden, ob sich die Parteien und Kandidaten_innen an ihre Versprechen halten, insbesondere wenn diese gegenüber den Kindern und Jugendlichen selbst getätigt wurden. Interessant können aber auch die Medienreaktionen zu U18 sein. Oder die Erinnerung der Wahlkreisabgeordneten an ihre Zusagen.

Das initiierte politische Interesse kann durch regelmäßiges Aufgreifen erhalten bleiben und sicherstellen



6. Weiterführende Informationen, Stellen und Links

Hier gibt es noch einige Hinweise auf weiterführende Stellen und Materialien. Diese ist nicht abschließend!

✿ Unterrichtsmaterialien

- Bundeszentrale für politische Bildung. www.bpb.de - Insbesondere:
 - Zum politischen System der Bundesrepublik
www.bpb.de/lernen/themen-im-unterricht/politisches-system
 - Themenblätter für den Unterricht
www.bpb.de/shop/lernen/themenblaetter
 - Zu Bundestagswahlen
www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen
 - Wahl-O-Mat
www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat
- Eduversum. *Verlag und Bildungsagentur*: www.eduversum.de/
- Hanisauland. *Politik für dich, Initiative der bpb*. www.hanisauland.de/
- Jugend und Bildung. *Impulse und Unterrichtsmaterial zu politischen, sozialen und ökonomischen Themen*: www.jugend-und-bildung.de
- Lehrer Online. *Portal für Unterrichtsmaterialien*: www.lehrer-online.de

✿ Initiativen und Informationen rund ums Thema Rechtsextremismus (Auswahl)

- Bundeszentrale für politische Bildung. www.bpb.de – Insbesondere:
 - Zum Thema Rechtsextremismus
www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/
 - Initiativenblog „Wir sind viele“: www.bpb.de/wirsindviele
- Amadeu Antonio Stiftung: www.amadeu-antonio-stiftung.de
- Anne Frank Zentrum: www.annefrank.de
- Antirassistisch-interkulturelles Informationszentrum: www.aric.de
- Aktion Courage: www.aktioncourage.de
- Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt Braunschweig: www.arug-zdb.de/
- Bayern gegen Rechtsextremismus: www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de
- Berlin gegen Nazis: <http://berlin-gegen-nazis.de>
- Blick nach rechts: www.bnr.de
- Exit Deutschland – Aus dem Rechtsextremismus aussteigen: www.exit-deutschland.de
- Gesicht zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland: www.gesichtzeigen.de

- Hass hilft – Die unfreiwillige Spende der Nazis: <http://hasshilft.de>
- Interkulturelles Zentrum Österreich, Methodenhandbuch Vielfalt erleben: www.iz.or.at/handbuchvielfalt
- Jugendliche ohne Grenzen: <http://jogspace.net/>
- Kommunale Integrationszentren: www.kommunale-integrationszentren-nrw.de
- Laut gegen Nazis: www.lautgegennazis.de
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): www.mbr-berlin.de Hessen: www.mbt-hessen.org Mecklenburg-Vorpommern: www.mbt-mv.de Thüringen www.mobit.org
- No Hate Speech – Gegen Hass im Netz: <https://no-hate-speech.de/>
- Mut gegen rechte Gewalt: www.mut-gegen-rechte-gewalt.de
- Otto Brenner Stiftung: www.otto-brenner-stiftung.de
- Schule ohne Rassismus: www.schule-ohne-rassismus.org
- Violence Prevention Network, Methodenhandbücher gegen Rechts: www.violence-prevention-network.de/de/publikationen/methodenhandbuecher
- Weiße Rose: www.weisse-rose-stiftung.de

7. Glossar

Das Glossar wurde übernommen, wie es in der Methodensammlung des Deutschen Kinderhilfswerks aufgearbeitet wurde. Es ist alphabetisch sortiert und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Aktives Wahlrecht

Das aktive Wahlrecht meint das Recht, bei einer Wahl seine Stimme abzugeben. Im Gegensatz dazu meint das passive Wahlrecht das Recht, sich um ein Mandat zu bewerben. Alle Deutschen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, besitzen das aktive Wahlrecht, sofern sie seit mindestens drei Monaten im Wahlgebiet wohnen. Von der Wahl ausgeschlossen ist, wer über keinen festen Wohnsitz verfügt, auf richterlichen Beschluss seine bürgerlichen Rechte verlor oder für geistig unzurechnungsfähig erklärt wurde.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html

Ampel-Koalition

Bezeichnung für eine Koalition aus SPD (Rot), FDP (Gelb) und Bündnis90/Die Grünen (Grün), benannt nach der Ampel im Straßenverkehr. Entsprechend dem vorläufigen amtlichen Endergebnis vom 19. September 2005 hätte eine solche Koalition 334 Parlamentssitze. Auf Bundesebene wäre die Koalition ein Novum, in den Länderparlamenten gab es bereits Ampel-Koalitionen: 1990 bis 1994 in Brandenburg und 1991 bis 1995 in Bremen.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html



Bundeskanzlerwahl

Gemäß Artikel 63 Grundgesetzes wird die Bundeskanzlerin oder der Bundeskanzler auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Deutschen Bundestag gewählt. Der vom Bundespräsidenten benannte Kandidat muss nicht zwingend aus der stärksten Fraktion kommen. Erhält der vom Bundespräsidenten vorgeschlagene Kandidat im ersten Wahlgang keine Mehrheit (so genannte "Kanzlermehrheit"), kann das Parlament eigene Kandidatinnen oder Kandidaten benennen. Der Bundestag hat dann zwei Wochen Zeit, den eigenen Kandidaten oder die eigene Kandidatin mit absoluter Mehrheit zu wählen. Sollte auch dies nicht gelingen, muss unverzüglich ein weiterer Wahlgang, bei der sich mehrere Kandidatinnen und Kandidaten zugleich aufstellen können. Erreicht nun ein Kandidat oder eine Kandidatin die absolute Mehrheit, muss der Bundespräsident die Ernennung vornehmen. Wird ein Kandidat mit relativer Mehrheit gewählt, hat der Bundespräsident binnen sieben Tagen die Wahl: Er kann den Kandidaten oder die Kandidatin ernennen oder das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html

Bundeswahlausschuss

Er besteht aus dem Bundeswahlleiter als Vorsitzendem und acht Beisitzern, die auf Vorschlag der Parteien vom Bundeswahlleiter ernannt werden. Der Bundeswahlausschuss tagt öffentlich und beschließt über die Zulassung der gemeinsamen Listen für alle Länder. Nach der Wahl stellt er förmlich fest, wie viele Stimmen auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen, wie viel Sitze die einzelnen Listen erhalten und welche Personen gewählt sind. Der Bundeswahlausschuss, der nach der Wahl bis längstens zum Ablauf der Wahlperiode besteht, ist Beschwerdeinstanz gegen Entscheidungen der Landeswahlausschüsse und des Bundeswahlleiters im Mängelbeseitigungsverfahren.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html

Bundeswahlleiter

Der Bundeswahlleiter und sein Stellvertreter werden vom Bundesministerium des Innern auf unbestimmte Zeit ernannt. Traditionell wird seit den Reichstagswahlen immer der Präsident des Statistischen Bundesamtes (seit 1995 Johann Hahlen) mit den Aufgaben des Bundeswahlleiters betraut. Zu seinen Pflichten gehört es, mit Unterstützung der Wahlorgane auf Landes-, Wahlkreis- und Wahlbezirksebene Bundestagswahlen und Europawahlen vorzubereiten und durchzuführen sowie die Unterlagensammlung politischer Vereinigungen nach dem Parteiengesetz zu führen.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html

Demokratische Entscheidung:

Um zu verstehen, was Demokratie ist, sollte man sich zunächst klarmachen, wann eine Entscheidung demokratisch ist und wann nicht.

Ein Beispiel: In der Klassenkasse hat sich im Laufe der Zeit ein hoher Geldbetrag angesammelt. Es stellt sich die Frage, wofür das ganze Geld verwendet werden soll. Die Lehrerin ist der Meinung, dass die Wände des Klassenzimmers mal wieder einen neuen Anstrich vertragen könnten. Von dem Geld sollten also einige Eimer Farbe gekauft werden. Einige Schüle-rinnen und Schüler finden den Zustand der Wände jedoch gar nicht so schlimm. Ein paar Schüler sind der Ansicht, mit dem Geld könne man einen Ausflug in einen nahe gelegenen Freizeitpark bezahlen. Andere wiederum finden, das Geld solle gleichmäßig auf die Schüle-rinnen und Schüler aufgeteilt werden. Dann könne jeder mit seinem Geld machen, was er wolle. Wieder andere schlagen ganz andere Dinge vor oder haben noch keine klare Vorstellung. Was hat dieses Beispiel mit Demokratie zu tun? Demokratie, in seiner ursprünglichen Bedeutung, heißt Herrschaft des Volkes. Das Volk, das sind in unserem Beispiel alle Schülerinnen und Schüler, aber auch die Lehrerin. Also alle Personen, die von der Entscheidung betroffen sind. Eine Entscheidung ist demokratisch zustande gekommen, wenn alle, die von ihr betroffen sind, ihre Meinung einbringen und sich an der Entscheidungsfindung beteiligen können. Demokratie heißt daher zunächst auch, anzuerkennen, dass es zu jeder Frage unterschiedliche Meinungen geben kann und dass jede dieser Meinungen zunächst gleichberechtigt ist. Es gilt daher ein Verfahren zu finden, das zwischen diesen verschiedenen Ansichten vermittelt und am Ende eine Entscheidung hervorbringt. Am schnellsten ginge es mit Sicherheit, wenn die Lehrerin allein entscheiden würde. Dies wäre allerdings dann eine undemokratische Entscheidung, da nicht alle an der Entscheidung beteiligt würden. Länger würde es dauern, wenn zunächst in der Klasse über alle Vorschläge diskutiert wird. In aller Regel wird es trotz ausführlicher Diskussion in einer Gruppe dennoch unterschiedliche Meinungen geben. Das ist ganz natürlich. Nach dem Austausch aller Gründe für und gegen die verschiedenen Vorschläge, muss daher abgestimmt werden; die Mehrheit entscheidet und die Minderheit muss die Entscheidung akzeptieren. Diese Entscheidung wäre dann demokratisch zu-stande gekommen.

In einem solchen Verfahren kann ich mal zur Mehrheit, mal zur Minderheit gehören. Mal findet meine Meinung eine Mehrheit, mal muss ich mich anderen Meinungen unterordnen. Es wird also von mir verlangt, dass ich hin und wieder Entscheidungen akzeptiere, die ich selbst gar nicht für richtig halte. Manchmal kann ich das vielleicht relativ unproblematisch, ein anderes Mal kann das aber auch richtig wehtun. Beispielsweise, wenn ich grade ein bisschen zusätzliches Geld gut gebrauchen könnte, die Mehrheit aber für den Ausflug stimmt. Es fällt mir leichter eine solche für mich unbequeme Entscheidung zu akzeptieren, wenn ich das Verfahren selbst, durch das diese Entscheidung zustande gekommen ist, generell befürworte. Und das gilt natürlich nicht nur für mich, sondern für jeden anderen auch. Bei allen Meinungsunterschieden in der Sache, sollte doch wenigstens Einigkeit über das Entscheidungsverfahren selbst bestehen, damit auch die unterlegene Seite alle Entscheidungen akzeptieren kann. Denn Minderheiten können in anderen Fällen auch wieder Mehrheiten werden. Das heißt, dass demokratische Entscheidungsverfahren möglichst fair sein müssen. Und das wiederum ist nur der Fall, wenn alle Meinungen das gleiche Gewicht besitzen und wenn getroffene Entscheidungen für alle gleichermaßen gelten. Fairness heißt auch: Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern, ohne Angst haben zu müssen dafür ausgelacht oder sogar bedroht zu werden; jeder hat Respekt gegenüber jedem anderen; man hört sich gegenseitig zu und lässt sich ausreden; man nimmt den anderen ernst in dem was er sagt. Jeder Betroffene hat eine Stimme. Stimmenkauf oder Bestechungen sind schwere Verstöße gegen die demokratische Grundregel.

Quelle: www.bpb.de/methodik/995C09,0,0,Sachanalyse.html

Große Koalition



Unter einer Großen Koalition versteht man das Zusammengehen der zwei stärksten Fraktionen im Parlament. Im 16. Bundestag sind das die beiden großen Volksparteien SPD und CDU/CSU. Gemeinsam hätten sie 447 Mandate - das sind über zwei Drittel der Parlaments-sitze. Auf Bundesebene gab es eine Große Koalition unter Kurt Georg Kiesinger (CDU) in den Jahren 1966 bis 1969. Auf Länderebene existieren zurzeit vier Große Koalitionen: in Brandenburg und Bremen unter SPD-, in Sachsen und Schleswig-Holstein unter CDU--Führung. Kritiker lehnen die Große Koalition oft mit dem Hinweis auf eine im parlamentarischen System notwendige starke Opposition ab.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html

Jamaika-Koalition (Schwarze Ampel, kurz "Schwampel")

Bezeichnung für eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und Bündnis90/Die Grünen. Diese Konstellation wird deswegen so genannt, weil die Farben der drei Parteien - Schwarz, Gelb, Grün - denen der jamaikanischen Nationalflagge entsprechen. Entsprechend dem vorläufigen amtlichen Endergebnis vom 19. September käme diese Koalition auf 337 Parlamentssitze. Populär wurde der Begriff Jamaika-Koalition am Wahlabend, als ihn WDR-Chefredakteur Jörg Schönenborn im ARD-Programm vor Millionen Fernsehzuschauern verwendete. Politisch ist die Jamaika-Koalition auf Bundes- oder Landesebene ein Novum - kommunalpolitisch nicht: Im rheinland-pfälzischen Bad Dürkheim wird mit dieser Koalition bereits seit fünf Jahren Politik gemacht.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html

Koalition

Unter einer Koalition wird allgemein der Zusammenschluss zweier oder mehrerer Fraktionen (oder Parteien) in einem Parlament verstanden. Sie schließen sich üblicherweise nach Koalitionsverhandlungen zusammen, um gemeinsam eine Regierung zu bilden und zu unterstützen.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html

Koalitionsverhandlungen

Die Initiative für Koalitionsverhandlungen geht in Deutschland üblicherweise von der stärksten Fraktion im Parlament aus. Es gibt jedoch keine gesetzliche Vorschrift, dass die stärkste Fraktion automatisch den Auftrag zur Regierungsbildung erhält. Für den 16. Deutschen Bundestag beanspruchen sowohl CDU/CSU als auch die SPD dieses Recht für sich und haben zu Koalitionsverhandlungen geladen. Die Sozialdemokraten argumentieren, dass sie mit 222 Sitzen gegenüber der CDU mit 179 Sitzen die Gewinner der Bundestagswahlen seien. Zusammen mit der CSU, die seit 1949 mit der CDU eine Fraktionsgemeinschaft bildet, hat die CDU jedoch 225 Sitze im Parlament und betrachtet sich daher als größte Fraktion.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html



Koalitionsvertrag

Zwischen zwei oder mehreren Fraktionen (beziehungsweise Parteien) geschlossene Vereinbarung, die die Ziele der Regierungszusammenarbeit festlegt. Insbesondere die Verteilung von Minister- und Staatssekretärposten wird hier geregelt. In der Regel müssen die Gremien der Koalitionsparteien, also Vorstand und Fraktion, der Vereinbarung zustimmen.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html

Landtagswahl

Bei einer Landtagswahl werden die Parlamente der Bundesländer vom Volk gewählt. Die Wahlperiode liegt je nach Land bei vier bzw. fünf Jahren. In den Stadtstaaten spricht man nicht vom Landtag, sondern vom Abgeordnetenhaus (Berlin) und der Bürgerschaft (Bremen und Hamburg). Gewählte Volksvertreter werden als Mitglied des Landtags (MdL), Mitglied des Abgeordnetenhauses (MdA), der Bremischen Bürgerschaft (MdB) und der Hamburgischen Bürgerschaft (MdHB) bezeichnet. Landtagswahlen erfolgen nach dem Verhältniswahl-system. Dazu wird das Bundesland in Wahlkreise eingeteilt.

Quelle:

<http://www.cecude.de/709+M505d5993dae.html>;

Mehr

Infos:

http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=5VMTJD

Landeswahlausschuss

In jedem Bundesland wird ein Landeswahlausschuss gebildet. Er besteht aus dem Landeswahlleiter und sechs Beisitzern. Der Landeswahlleiter wird von der Landesregierung oder von einer von ihr benannten Stelle ernannt. Er beruft die Beisitzer aus den Wahlberechtigten des jeweiligen Bundeslandes.

Der Landeswahlausschuss entscheidet u. a. über die Zulassung von Landeslisten und über Beschwerden gegen die Zulassung oder Nichtzulassung von Kreiswahlvorschlägen. Außerdem stellt er das endgültige Wahlergebnis der Landeslisten im Land fest. Seine Amtszeit endet spätestens mit dem Ende der Wahlperiode. (Quelle: <http://www.bundestag.de/service/glossar/L/landeswahlaussch.html>)

Minderheitsregierung

Hat eine Regierung keine Mehrheit im Parlament, spricht man von einer Minderheitsregierung. Sie muss sich für jede Gesetzesvorlage eine neue Mehrheit suchen. Denkbar wäre im 16. Bundestag eine Minderheitsregierung aus CDU/CSU und FDP, die von den Grünen oder der SPD toleriert würde, sowie eine Regierung aus SPD und Bündnisgrünen, die von der FDP, der CDU/CSU oder von der Linkspartei. PDS toleriert würde (siehe auch Tolerierung). In der Vergangenheit gab es auf Bundesebene drei Minderheitsregierungen, die aber nur kurz vor Neuwahlen oder neuen Koalitionsbildungen existierten.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html



Nachwahl

Laut Paragraph 43 des Bundeswahlgesetzes gibt es eine Nachwahl in zwei Fällen. Wenn in einem Wahlkreis oder in einem Wahlbezirk die Wahl nicht durchgeführt worden ist, oder wenn ein Wahlkreisbewerber nach der Zulassung, aber noch vor der Wahl stirbt. Bei der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag ist dies der Fall im Wahlkreis 160 (Dresden I). Am 7. September war die Dresdner Direktkandidatin der NPD, Kerstin Lorenz, überraschend gestorben. Die NPD stellte daraufhin den Gründer der "Republikaner", Franz Schönhuber, als neuen Direktkandidaten auf. Nachwahlen sollen im Falle von nicht durchgeführten Wahlen spätestens drei Wochen, beim Tod eines Bewerbers spätestens sechs Wochen nach dem Tag der Hauptwahl gemacht werden, wobei der Landeswahlleiter den genauen Tag festlegt. Im Wahlkreis 160 wurde die Nachwahl für den 2. Oktober 2005 angesetzt.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html

Neuwahlen

Sind nach den vorgezogenen Neuwahlen weitere Neuwahlen möglich? Ja, unter folgenden Bedingungen: Der Bundestag muss nach erfolgter Wahl binnen 30 Tagen zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenfinden, also bis zum 18. Oktober 2005. Traditionell dann auch die Wahl zum Bundeskanzler; die Koalitionsverhandlungen waren in der Vergangenheit bis dahin immer abgeschlossen. Erreicht ein Kandidat bei den Kanzlerwahlen auch nach 14 Tagen nicht die absolute Mehrheit, würde ein Bundeskanzler mit relativer Mehrheit gewählt. Danach wäre wieder der Bundespräsident am Zug. Er kann die Wahl annehmen oder das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen. Diese würde nach vorherrschender Meinung um den Jahreswechsel 2005/2006 herum anfallen. Bisher hat sich Bundespräsident Köhler noch nicht geäußert.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html

Partei

Partei das ist ein Allerweltsbegriff, der in verschiedenen Zusammenhängen umgangssprachlich, aber auch präzise sozial- bzw. politikwissenschaftlich benutzt werden kann. So spricht man etwa vor Gericht davon, dass Parteien aufeinander treffen. Mit "politischer Partei" sind hingegen Institutionen gemeint, die je nach politischem System, nach historischem Zeitpunkt, nach ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen unterschiedlich agieren können. Parteien verändern sich im Laufe der Zeit, im Wandel von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Die ersten Parteien, die in Deutschland 1848 im Vormärz und dann aus der Paulskirche heraus entstanden, waren locker und unverbindlich organisiert und hatten kein festes Programm. Sie stellten etwas völlig anderes dar, als die beiden großen bundesdeutschen Parteien SPD und CDU/CSU zum Ausgang der 1970er Jahre. Damals erreichten Sozialdemokratie und Christdemokratie mit jeweils um eine Million den Höhepunkt ihrer Mitgliederentwicklung. Beide Parteien waren "Volksparteien" bzw. "Massenparteien" geworden.

Quelle:

http://www.bpb.de/publikationen/ZN50TY,0,Ann%E4herung_an_einen_komplexen_Begriff.html



Geht man von *pars*, der lateinischen Wurzel des Wortes Partei aus, dann bedeutet Partei Teil einer Gesamtheit, Teil der Gesellschaft oder Teil der politisch aktiven Bürgerinnen und Bürger. Der Begriff Partei bedeutet aber auch Teilhaftigkeit, die innere Verbundenheit und Zusammengehörigkeit einer Gruppe. Partei ergreifen heißt dann, sich für eine bestimmte Sache, für bestimmte Zwecke und Ziele einzusetzen. Wer Partei nimmt, bekennt sich zu einer bestimmten Gruppe und distanziert sich zugleich von anderen.

Stimmensplitting

Dieser Begriff bezeichnet die bei der Bundestagswahl gegebene Möglichkeit, parteipolitisch mit der Erst- und der Zweitstimme unterschiedlich zu votieren. Bewusst nutzen manche Wählerinnen und Wähler diese Möglichkeit, um mit der Stimmenteilung eine Wunschkoalition zweier Parteien zu stützen.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html

Tolerierung

Von einer Tolerierung wird dann gesprochen, wenn die Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehr Fraktionen nicht formal in einem Koalitionsvertrag festgehalten wird, man sich aber trotzdem auf eine Zusammenarbeit verständigt. Die Zusammenarbeit ist weniger verbindlich als eine Koalition. Die tolerierende Fraktion ist nicht an der Minderheitsregierung beteiligt, sondern steht in einem Spannungsverhältnis zwischen Oppositions- und Regierungsverantwortung.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html

Überhangmandat

Bei der personalisierten Verhältniswahl kann das Stimmensplitting in Erst- und Zweitstimme dazu führen, dass eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate erhält, als ihr nach der Zweitstimmenausählung zustehen. Diese so genannten Überhangmandate behält sie, wodurch sich die Gesamtzahl der Sitze des Bundestages um diese Zahl erhöht. Einen Ausgleich für die anderen Parteien gibt es bei der Bundestagswahl nicht, wohl aber bei einzelnen Landtagswahlen. Im 16. Deutschen Bundestag gibt es derzeit, ohne den Wahlkreis 160 (Dresden I), 15 Überhangmandate.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html

Wechselwähler

Wechselwähler werden Wahlberechtigte genannt, die nicht mehr durch feste politische Überzeugungen an eine bestimmte Partei gebunden sind. Sie treffen ihre Wahlentscheidung bei jeder Wahl neu und geben aus sachlichen oder personellen Erwägungen von Fall zu Fall unterschiedlichen Parteien ihre Stimme.

Quelle:

http://www.bpb.de/themen/BRFT1U,0,0,Bundestagswahlen_Koalitionen_und_Regierungsbildung.html



U18 – Die Wahl für Kinder und Jugendliche wird gefördert durch:

